

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

ersch. wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachpalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinforderung auf Postch. Adress: Alfred Kiebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktion: H. L. Freitag

## Aufruf zu den Betriebsräte-Neuwahlen 1933

Nach zweijähriger Pause finden in der Hauptsache in den Monaten März/April 1933 die Neuwahlen der Betriebsvertretungen statt. Die Tätigkeit der Betriebsvertretungen in den vergangenen zwei Jahren stand im Zeichen politischer Irrungen und Wirrungen sowie einer nationalen und internationalen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit von nie gekanntem Ausmaß. Betriebseinschränkungen, Betriebsstillegungen, Kurzarbeit, Lohnherabsetzungen ließen die Belegschaften der Betriebe nicht zur Ruhe kommen, so daß an eine ungestörte Arbeit der Betriebsvertretungen nicht zu denken war. Dazu kam, daß Wirtschaftsnot und Arbeitsnot den Anlaß gaben, die Parteipolitik in die Betriebe hineinzutragen und das Betriebsrätegesetz ohne Rücksicht auf seinen Zweck und sein Ziel allein für parteipolitische Agitation und Propaganda auszunutzen. Dadurch wurde die sachliche Arbeit vieler Betriebsvertretungen zum Schaden der Belegschaften erheblich gestört. Mit diesen Bestrebungen gilt es bei den kommenden Betriebsräte-Neuwahlen aufzuräumen.

**Das wichtige Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten muß wieder für sachliche Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse fruchtbar gemacht werden.**

Gerade die Betriebsräte wissen aus nunmehr über zwölfjähriger Erfahrung, wie wenig in den Betrieben mit Parteiparolen und Phrasen, schafften zu erhalten und zu erreichen ist.

Diese wichtige erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte für die Arbeiterklasse haben alle Gewerkschaftskongresse ganz besonders anerkannt.

Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Nur starke Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiterklasse

wahrnehmen. Nur aus dem Erfolg der Arbeit starker Gewerkschaften empfangen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlage für deren Durchführung. Es gilt daher, die Betriebsräte-Neuwahlen 1933 durchzuführen unter der Parole **für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung.**

Die Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch wirkliche Arbeitsbeschaffung, durch die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne die Vermehrung der Arbeitsplätze und dadurch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen. In entschiedenem Kampf ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tariflohnminderungs-Verordnung vom 5. September 1932 wieder zu beseitigen. Der Anfang zur Durchsetzung des nächsten Zieles der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten wieder in Arbeit zu bringen, ist gemacht. Das meiste bleibt noch zu tun übrig. Aber dieses nächste Ziel ist nur durch die **vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften**

zu erreichen. Ohne starke und kampfkraftige Gewerkschaften ist die Arbeiterklasse ein wehrloser Spielball in der Hand ihrer Gegner.

**Gewerkschaftskolleginnen, Gewerkschaftskollegen! Erkennt eure Pflicht! Tretet ein für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung! Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte, die ihr noch nicht Gewerkschaftsmitglieder seid, erkennt eure Klassenlage! Tretet ein in die Gewerkschaften!**

Nur die Zusammenfassung aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in den Gewerkschaften, nur Beharrlichkeit in der Verfolgung der gewerkschaftlichen Forderungen führt zum Erfolg.

**Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte! Seid einig und geschlossen!**

**Wählt bei den Betriebsräte-Wahlen 1933 nur freigewerkschaftliche Listen!**

Berlin, den 22. Januar 1933

Die Arbeiterrats- und Angestelltenratsdelegierten der Betriebsrätekonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

Die Bundesvorstände und die angeschlossenen Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes

### Betriebsrätekonferenz des ADGB und des AfA-Bundes.

Als Auftakt zu den bevorstehenden Betriebsräte-Neuwahlen fand am Sonntag, dem 22. Januar, im Berliner Gewerkschaftshaus eine Betriebsrätekonferenz statt. Einberufen waren die Bundesleitungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Zahlreiche Vertreter aller Organisationen und Industriezweige hatten diesem Ruf Folge geleistet. Als Vertreter unseres Verbandes waren delegiert die Kollegen: A. Blume für den Hauptvorstand B. Rietzmann, Betriebsratsvorsitzender der Rudolph Karstadt A.-G., Hamburg; W. Schleibinger, Betriebsratsvorsitzender der Lederwarenfabrik Koch u. Hüfsl. Offenbach am Main; W. Hermann, Arbeiterrat bei der Automobilfabrik Gläser, Dresden; Alwin Völk, Mitglied des Betriebsräte-ausschusses beim ADGB, Ortsausschuß Berlin; Bruno Engel als Pressebelegierter. Insgesamt waren anwesend 329 Arbeiterräte, 34 Arbeiterinnenräte, 39 Angestelltenräte. Außerdem zahlreiche Vertreter der beiden Spitzenorganisationen angeschlossenen Verbände.

Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, eröffnete die Betriebsrätekonferenz im Namen der beiden Bundesvorstände und des Berliner Ortsauschusses des ADGB. Die bevorstehenden Be-

triebsräte-wahlen haben eine besondere Bedeutung, mehr vielleicht, als das früher der Fall gewesen ist. Es wird ein lebhafter Kampf einsehen, und es ist die Aufgabe der einzelnen Organisationen und besonders der Betriebsräte, die Bundesleitungen bei Durchführung dieser Aufgabe zu unterstützen. Leipart sprach den Betriebsräten den Dank der Gesamtbewegung aus für ihre schwere verantwortungsvolle Arbeit als Betriebs- und Arbeiterräte. Es gelte bei den Wahlen, die hohe Bedeutung der Betriebsräte für die Gesamtbewegung darzulegen.

Einigung der Arbeiterklasse! Es ist kein besonderes Ruhmeszeichen für die gesamte Bewegung, daß dieser Ruf immer wieder ausgesprochen werden muß. Leider sind wir von der Einigung weiter entfernt als je. Der Kampf gegen die Leitung der freien Gewerkschaftsbewegung wird mit den niedrigsten Mitteln geführt. Man fälscht Protokolle und geht mit den gemeinsten Methoden gegen die ADGB-Führer und die Gewerkschaften an. Man wirft uns vor, wir tolerieren die Schleicher-Regierung. Wir sind als Gewerkschaften keine politische Partei und haben die Pflicht, jederzeit im Interesse der Arbeiterklasse mit dem Arbeitsminister und wenn es sich als zweckmäßig erweist, auch mit dem Reichsminister zu verhandeln. Wir haben das bisher immer so gehalten, auch wenn wir im stärksten Gegensatz zur Regierung standen.

Man wirft uns vor, daß wir die freien Gewert-

schaften dem Faschismus ausliefern. Das sagen dieselben Leute, die im Jahre 1931 Schulter an Schulter mit den Nazis für den roten Bolschewismus gegen die Preußenregierung Braun-Seegering eingetreten sind.

Im Namen der beiden Bundesvorstände richtete Leipart an die Versammelten die Frage: „Glaubt ihr den unwahren Behauptungen, die andauernd Nazis und Kommunisten, besonders die Berliner „Rote Fahne“ gegen uns richten?“ Lebhafter Ruf: „Nein! Nein!“ schallten als Antwort der Delegierten zurück. Leipart fuhr fort: „Man nennt es Verrat, wenn sich Gewerkschaften weigern, sich für weitere Verschlechterungen der Tarifverträge tariflich zu binden. Früher las man das anders. Da war es schon Verrat an den heiligsten Interessen der Arbeiterklasse, wenn die Gewerkschaften dazu übergingen Tarifverträge abzuschließen.“

Wir haben uns auch in früheren Jahren über taktische und prinzipielle Fragen in der Bewegung auseinandergesetzt, aber wir haben dabei nicht zum Schicksalspüßel und zu den gemeinsten Lügen und Verleumdungen gegriffen, wie das heute meistens unserer Gegner von links und rechts getrieben wird. Ob wir Erfolge erzielen oder Rückschläge, hängt auch zum großen Teil ab von dem Grade der Macht und Entschlossenheit, die wir entwickeln.

Wir wollen den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse fortsetzen mit Hilfe der Betriebsräte, und

getragen von diesem Gedanken, werden wir in die Neuwahlen der Betriebsräte eintreten. Unschiebend an die Ausführung Leiparts folgten Referate des Genossen Clemens Wörpel über:

„Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise“, der Genossin Gertrud Hanna über: „Die Arbeiterinnen und das Mitbestimmungsrecht“ und des Genossen Erich Bührig über:

„Die Rechtsprechung zum Betriebsratsgesetz.“ Infolge Raummangels und der kurzen Zeit, die uns bis zur Drucklegung der Zeitung zur Verfügung steht, müssen wir diesmal von der Wiedergabe dieser Referate Abstand nehmen, werden aber das damit Versäumte in der nächsten Zeit nachholen.

Stürmischer, anhaltender Beifall nach der Einsetzung des Genossen Leipart und nach den drei Referaten zeigte das Einverständnis der Versammlung mit den gemachten Ausführungen. Noch deutlicher zeigte das jedoch die Ausführungen, die die Vertreter einer Reihe Betriebsräte, also Leute aus der Praxis, zu dieser Frage machten.

Ein Angestelltenvertreter der Firma Krupp, Essen, bezeichnete es als eine der wichtigsten Aufgaben, die unsichtbare Scheidewand, die vielfach noch zwischen Angestellten und Arbeitern besteht, zu beseitigen. Die Einführung einer zweijährigen Amtsperiode sei eine Lebensfrage für den Erfolg der Betriebsratsarbeit. Unter dem Deckmantel „Einheitsfront“ wurden wiederholt bei Krupp seitens der Kommunisten unsichere Kantonsisten aufgestellt, die dann zu den Nazis überlieferten und die Interessen der Arbeiter mit Füßen traten. Wenn wir die großen Aufgaben erfüllen wollen, die uns das Interesse der Arbeiterschaft auferlegt, müssen Arbeiter und Angestellte Hand in Hand arbeiten.

Eine Mannheimer Genossin erklärte die Bereitschaft der Frauen mit den Männern in den Betrieben Schulter an Schulter zu arbeiten und zu kämpfen. Diese Aufgabe konnten wir nur übernehmen mit Hilfe der Schulungsarbeit der freien Gewerkschaften. Die Frauen haben vielfach noch Hemmungen und gehen nicht so aus sich heraus, wie es notwendig ist. Auch erliegen sie zu leicht den Einflüssen unserer Gegner von links und rechts, die ihnen allerhand faule Vorrechnungen machen. Hier muß der Einfluß unserer Männer in den Betrieben einsehen, nicht von oben herab, sondern wie gute Kameraden.

Ein Vertreter schildert den Sprung von der Einbeziehung zum Betriebsratsgesetz und die elementare Bedeutung dieses Fortschritts für die Landarbeiter. Heute sind die Agrarier am Wert, um die alte Entrechtung erneut durchzuführen.

Wie sich die Schädigung der Zerplitterungsarbeit der A.D. und der A.S.D. in den Betrieben auswirkt, zeigt die Tatsache, daß im Siemens-Konzern Berlin bei den letzten Betriebsratswahlen nicht weniger als 14 verschiedene Listen aufgestellt wurden. Wie sich dies in der Praxis auswirkt, schilderte ein Vertreter der „Mansfelder Kupferhütte A.G.“. Seit es in den dortigen Messingwerken dem Treiben der A.D. und der Nazis gelungen ist, gemeinsam die Mehrheit im Betriebsrat zu erlangen, ist jede Bedeutung und Tätigkeit dieser Arbeitervertreter im Betrieb erloschen.

Eines kam immer wieder klar aus den Ausführungen der Betriebsratsvertreter zum Ausdruck: Wir haben das vollste Vertrauen zur Arbeit der Bundesvorstände für die Betriebsräte. Niemals haben wir das Führerprinzip so herausgestellt wie die A.D. und die Nazis. Immer haben sich die freien Gewerkschaften das Recht der freien Kritik gewahrt. Weil wir Vertrauen zu unseren Führern haben, verlangen wir von unseren Führern, daß sie an allen maßgebenden Stellen die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen. Wiederholt wandten sich Debatte-rebter dagegen, daß wir uns teilweise in eine Defensivstellung haben drängen lassen.

Wir müssen wieder im Kampf bei den Betriebsratswahlen zum Angriff übergehen. Der auf der Titelseite veröffentlichte Aufruf zu den Betriebsratswahlen 1933 wurde einstimmig angenommen.

In seinem Schlusswort bittet Genosse Gramann die Betriebsräte Deutschlands, schnellste Auskunft über das Ergebnis der Wahlen an den Vorstand des A.S.D. gelangen zu lassen. Besondere Berichtstarben werden dazu ausgegeben.

Die Konferenz war wichtig angesichts der Bedeutung der bevorstehenden Wahlen. Der Kongreß hat sich scharf gegen die Angriffe gewendet, die gegen den von uns eingeschlagenen Kurs gerichtet waren, und dankte die Bundesleitungen für das ihnen dadurch ausgesprochene Vertrauen. Alle Versuche, die Festigkeit und Richtigkeit unserer Taktik zu erschüttern, sind gescheitert. Die Nazis und die A.D. wollen der Arbeiterschaft ihre bisherige bewährte Führung rauben, um sich an deren Stelle zu setzen.

Wir beugen uns mehr dem Befehl eines Oberst als dem Einfluß einer landesfremden Regierung, sondern wir folgen unserem eigenen

Willen. Unsere Führer sind aus dem Betrieb hervorgegangen und haben sich, getragen vom Vertrauen ihrer Mitkollegen in die Leitung der Organisationsarbeit emporgearbeitet. Leider werden vielfach Verleumdungen gegen altbewährte Führer, die von allen Arbeitern getannt sind, deren Leben sie mit-erlebt haben, noch viel zu leicht geglaubt oder mindestens nicht energisch genug zurückgewiesen.

Der Erfolg unserer Arbeit hängt ab von der rastlosen Mitarbeit aller unserer Anhänger in den Betrieben. Die Parole:

Wir gehen vor! Wir greifen an! muß uns zu den größten Anstrengungen anspornen.

Die schädigen Angriffe unserer Gegner, die sie aus Mangel an sachlichen Gründen gegen uns richten, müssen mit viel größerer Schärfe zurückgewiesen werden als das bis jetzt gechehen ist. Wir können eine bessere Zukunft nicht aus dem blauen Ungefähr erwarten. Wir müssen den Kampf aufnehmen, und das ist es ja, was unsere Gewerkschaften so unüberwindlich macht, die Treue und der Glaube an eine bessere Zukunft.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Bewegung wurde der Kongreß geschlossen. Aufgabe der Orts-, der Betriebe und vor allem aller einzelnen Kolleginnen und Kollegen ist es nun, die aufgenommenen Bewegung fortzuführen bis zum siegreichen Ende.

## Die internationale Vierzigstundenwoche.

Franz Spliedt.

Seit dem 10. Januar tagt in Genf die sogenannte „Technische Vorkonferenz“. Ihre Aufgabe ist, bei dem im Mai d. J. tagenden Arbeitskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes Vorschläge für ein internationales Abkommen über eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung zu machen. Im Augenblick, da wir dieses schreiben, stehen die Verhandlungen noch im ersten Stadium, das heißt in der Generaldebatte. Wenn trotzdem im nachfolgenden über diese erste Phase der Verhandlungen kurz berichtet wird, so, weil bereits die ersten Tage der Generaldebatte den heiß umrittenen gegensätzlichen Standpunkt der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und die Stellungnahme der Regierungen der einzelnen großen Staaten erkennen lassen.

Getreten sind in Genf insgesamt 34 Länder, von denen jedoch nur 18 eine volle Delegation, bestehend aus Vertretern der Regierungen und der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, entsandt haben. 16 Länder beschränkten sich darauf, nur ihre Regierungen vertreten zu lassen. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die besonders von der Arbeitslosigkeit erschüttert sind und die besonders zu internationalen Regelungen drängen sollten, beschränkten sich auf einen Beobachterposten. Ihr Genfer Konsul wohnt den Verhandlungen bei, mehr nicht. Sowjetrußland lehnt die Beteiligung unter dem billigen Vorwand ab, daß es teilgenommen hätte, wenn diese Konferenz am gleichen Ort und zur gleichen Zeit wie die Weltwirtschaftskonferenz stattgefunden hätte.

Der Kampf geht nicht nur um die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt, sondern zugleich um das eng damit verbundene Lohnproblem, den Lohnausgleich. Daß die Vierzigstundenwoche nicht nur eine soziale, sondern auch eine industrielle und ökonomische Notwendigkeit ist, kann niemand den Arbeitervertretern bestreiten. Das stürmische Anwachsen der Produktionskapazität in Verbindung mit parlamentarischer Betriebswirtschaft und die strukturellen Verschiebungen in den Wirtschaften aller modernen Staaten haben die Arbeitslosigkeit weit stärker steigen lassen, als in den konjunkturellen und politischen Schwüngen der Weltwirtschaft begründet ist. Eine Millionenarmee von Arbeitslosen steht vor dem Schicksal, selbst bei einem Anstiegen der Konjunktur auf das in den Jahren 1928/29 beobachtete Maß kaum Beschäftigung zu finden. Eine Wirtschaft, die den Leistungseffekt der modernen Produktionskapazität reibungslos, d. h. ohne Massenarbeitslosigkeit, in den Konsum überführt, kann nur auf zwei Wegen gefunden werden. Entweder Steigerung der Massenkraft, um den Leistungsbeitrag einer normalen Achtundvierzigstundenwoche verbrauchen zu können bis dieses Ziel erreicht ist, Herabminderung der Arbeitszeit, um dem Ausgleich zwischen Produktion und Konsum möglichst nahe zu kommen.

Theoretisch leugnet dieses niemand, auch nicht die Arbeitgebervertreter. Die Not der Arbeitslosen ist so groß und damit in allen Ländern für die Regierungen und Arbeitgeber ein so drohender Unruhefaktor, daß kein halbwegs vernünftiger Mensch die bestehenden Verhältnisse verteidigen kann. Daß die Neben aller auf dem Kongreß die Notwendigkeit einer befriedigenden Lösung anerkennen, ist daher eine glatte Selbstverständlichkeit. Aber diese theoretische Einsicht nützt nichts, weil sie praktisch alle gemeinsamen Lösungsvorschläge ablehnt. Die Arbeitgeber lehnen eine internationale gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit mit großer Entschiedenheit ab. Die Begründung ist die in allen Ländern längst gewohnte Hemmung der notwendigen Beweaglichkeit der Wirtschaft, Verteuerung der Produktion, Facharbeitermangel, absolute Unbrauchbarkeit, insbesondere in den kleineren Betrieben und für gewisse nur in geringer Zahl beschäftigte Facharbeiter. So sehr jede Rede eines jeden Arbeitgebervertreter der Forderung nach der Vierzigstundenwoche das glatte „Unmöglich“ entgegen.

Diese Situation wird dadurch verschärft, daß die Arbeitnehmervertreter die Forderung erheben, daß die Arbeitszeitverkürzung vom Lohn her ausgeglichen werden muß. Immer wieder wird betont, daß die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Stundenlöhnen zu einem noch weitern Absinken der Kaufkraft der breiten Massen führen muß. Eine Wirkung, die nicht nur für den einzelnen Arbeiter sozialpolitisch unerträglich ist, sondern zugleich wirtschaftspolitisch eine große Gefahr bedeutet. Sie würde zu einer noch weiteren Schrumpfung von Kaufkraft und Konsum und damit

zu noch größerer Arbeitslosigkeit führen. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich würde durch vermehrte Arbeitseinstellung lediglich zu Ersparnissen der öffentlichen Hand an den jetzt gezahlten Unterstützungssummen führen und die den Arbeitern insgesamt zur Verfügung stehende Kaufkraft zum mindesten unverändert lassen. Der Kampf um den Lohnausgleich, der für die Erhaltung der Kaufkraft des einzelnen Arbeiters unentbehrlich ist, verschärft die Lage auf der Konferenz außerordentlich. Während die Arbeitnehmervertreter darauf, daß gerade eine internationale Regelung, die das Lohnproblem mit dem Arbeitszeitproblem verbindet, eine sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch zweckvolle Lösung ermöglicht, wenden sich die Arbeitgeber mit größter Schärfe dagegen. Die Arbeitgeber meinen, Kostenlenkung, immer weitere Devaluation sei die einzig mögliche Lösung, während der von den Gewerkschaften geforderte Lohnausgleich zu immer weiterer, jede Krisenüberwindung störender Kostensteigerung führe. Folgt man einem akademischen Vortrag der österreichischen Arbeitgebervertreter, so liegt die Überwindung der Wirtschaftskrise eigentlich bei einer Verlängerung der Arbeitszeit.

Die Auffassungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf der Konferenz stehen sich gegenüber. Den Ausschlag für ein Mehrheitsvotum geben die Vertreter der Regierungen. Die englische Regierung ist Gegner eines Arbeitszeitverkürzung ohne den Lohnausgleich unannehmbar. Die Vertreter können man der englischen Wirtschaft jedoch infolge der Konkurrenz des Auslandes, namentlich der fernöstlichen Länder, nicht zumuten. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bedeute den Kampf der Gewerkschaften um das Lohnniveau, also Zerstückung bzw. Kampf um die Tarifverträge und damit tiefgreifende soziale Unruhe. Die französische Regierung pendelt zwischen den auf sie einwirkenden Gewerkschaften und den jeder Arbeitszeitverkürzung ädrosff ablehnenden Unternehmerverbänden. Auch sie sucht den Ausweg darin, daß sie den Lohnausgleich zur Voraussetzung der Arbeitszeitverkürzung machen will. Sie hofft damit ohne jeden Zweifel den Bestrebungen nach Arbeitszeitverkürzung einen Damm entgegenzusetzen. Hier liegt auch die Begründung, warum Italien mit seinem Vorschlag eine internationale Arbeitszeitverkürzung herbeizuführen den weiteren Vorschlag verband, zugleich den Lohnausgleich durchzuführen. Nicht Einsicht in die soziale Lage des Arbeiters und den Zusammenhang der Wirtschaftspolitik Mussolinis, sondern die Absicht, die tatsächliche Arbeitszeitverkürzung durch ihre Verbindung mit dem Lohnproblem zu verhindern. Von Mussolini sollte der Vorschlag zu einer vernünftigen Zeit zur Bekämpfung der Weltkrise ausgehen und dieser „großherzige“ Vorschlag sollte zwischen am Widerstand der übrigen Länder.

So mißhen sich bisher auf der Genfer Konferenz die Dinge recht merklich. Der Lohnausgleich steht im Vordergrund der Debatte; von dem einen als ethische, sozial- und wirtschaftspolitisch bedingte Forderung erhoben, ist er anderen ein Mittel um dem positiven Erfolg der Konferenz zu erschweren oder zu vereiteln. Noch ist die Generaldebatte nicht abgeschlossen. Wird es zur Spezialdebatte und damit zu praktischen Vorschlägen für die vom I.A. aufgestellten Einzelfragen kommen? Die Gewerkschaften haben beantragt, vor Eintritt in die Einzeldebatten über die Frage des Lohnausgleichs zu entscheiden. Inzwischen geben die Bemühungen der Regierungenvertreter einiger Länder, besonders Deutschlands, dahin, einen Abschluß der Generaldebatte zu erreichen, der ein Aufheben der Konferenz verhindern

Kommt die 40-Stunden-Woche?

Auf der am 10. Januar in Genf eröffneten Internationalen Arbeitszeitkonferenz hat eine mehr- tägige, sehr heftige Generaldebatte stattgefunden, auf der sich eine Klärung der Fronten ergeben hat.

Die Arbeitergruppe hat sich mit aller Klarheit für die internationale Einführung der 40-Stunden-Woche ausgesprochen. Sie hat darüber hinaus der Konferenz eine Entschließung unterbreitet, wonach bei einer Einführung der 40-Stunden-Woche Lohnkürzungen unbedingt vermieden werden müssen.

Ebenso klar ist die Stellungnahme der Arbeiter- gruppe gegen die 40-Stunden-Woche. Es fällt in diesem Zusammenhang besonders auf, daß auch der italienische Arbeitgebervertreter Olivetti sich in die Front dieser Gegner eingereiht hat. Diese Tatsache ist übrigens auch für die privatkapitalistische Natur des Faschismus kennzeichnend.

Von Seiten der Regierungen haben sich die Vertreter Deutschlands, Italiens, Schwedens und Spaniens für die 40-Stunden-Woche ausgesprochen. Auch Frankreich dürfte der internationalen Reform freundlich gegenüberstehen, vor allem nach dem Protest des Kollegen Jouhaux, der eine Zurückberufung des französischen Regierungsvvertreter nach Paris bewirkt hatte, zur Entgegennahme neuer Instruktionen. Die Regierungsvvertreter Deutschlands, Frankreichs und Italiens wollen der Konferenz eine Entschließung unterbreiten, in der sich diese grundsätzlich auf den Boden der Arbeitszeitverkürzung stellen soll.

Unter diesen Umständen können die Ergebnisse dieser Arbeitszeitkonferenz nie vorgelesen in einem Bericht an die 17. Internationale Arbeitskonferenz, die am 31. Mai in Genf beginnt, unterbreitet werden. Allerdings hat die vorbereitende technische Konferenz damit noch nicht viel getan, um auf der Internationalen Arbeitskonferenz die Annahme einer internationalen Vereinbarung auch wirklich zu ermöglichen.

An dem Beschluß des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts war auch beabsichtigt, etwa von der technischen Konferenz aufgestellte Richtlinien für die Arbeitszeitverkürzung der Welt- arbeitskonferenz zu unterbreiten, damit diese sie den Regierungen als Grundlage für zwischenstaatliche Vereinbarungen über die

40-Stunden-Woche empfehlen, solange eine internationale Konvention noch nicht besteht. Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen ist es sehr fraglich, ob solche Richtlinien überhaupt zustande kommen.

Angesichts dieser Tatsachen und der Verschleppungsakt gewisser Kreise hat Jouhaux mit Recht darauf hingewiesen, daß der organisierten Arbeiterschaft im Notfall noch andere Wege zur Erkämpfung der 40-Stunden-Woche offenstehen.

Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung.

Die Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung und die Ausführungsbestimmungen dazu sind erklaren. In den allgemeinen Grundrissen wird bestimmt:

Träger der Arbeit können nur Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie gewirtschaftliche Unternehmungen sein. Weiter verlangen die Richtlinien, daß die Arbeiten für die Volkswirtschaft wertvoll und möglichst im Laufe des Jahres 1933 beendet sein müssen und sich vorwiegend auf Instandhaltung, Verbesserung und Wollendung vorhandener Anlagen oder auf Förderung der Bodenkultur erstrecken. Ferner sollen die vorgenommenen Arbeiten die durch den Kapitalaufwand entlieghenden Zukunftskosten rechtfertigen.

Weitere Ausführungen der Bestimmungen behandeln die Voraussetzungen für die Gewährung von Darlehen und die Vergabe der Arbeiten. Dabei soll die Vergabe an Unternehmer der Ausführung in eigener Regie grundsätzlich vorgezogen werden. Die Träger mittlerer und kleinerer Betriebe sind ausreichend zu berücksichtigen. Der Gewinn des Unternehmers ist auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Alle Arbeiten sind, soweit dadurch keine wesentliche Verwertung eintritt, durch menschliche Arbeitskraft auszuführen.

Bei der Ausführung der Arbeiten müssen in weitestem Umfange Arbeitslose eingestellt werden. Es muß sich um inländische Arbeitslose handeln, die durch die Arbeitsämter vermittelt sind. Vornehmlich sind langfristige Erwerbslose, vor allem Kindererziehende und Familienernährer zu berücksichtigen. Erwerbslose, die in andere, insbesondere in landwirtschaftliche Arbeit vermittelt werden können, sind nicht zuzuwählen. Der Träger hat sich möglichst frühzeitig mit den Arbeitsämtern in Verbindung zu setzen.

Die Arbeitnehmer sind bei den Arbeiten unter den Bedingungen des freien Arbeitsvertrages zu

beschäftigen, die Arbeitszeit soll vierzig Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Im Interesse der Arbeitslosen und der gesamten Volkswirtschaft liegt es nun, den Arbeitsbeschaffungsplan so schnell wie möglich in Bewegung zu bringen. Der Reichskommissar Dr. Gereke, der den Verwaltungsapparat kennt und weiß, wie schwer es ist, ihm ein etwas schnelleres Tempo abzurufen, wendet sich mit einem Rundschreiben an die Sozialminister der Länder:

„Wie ich in der Besprechung am 4. Januar 1933 ausgeführt habe, lege ich größten Wert auf eine beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung. Unter allen Umständen muß vermieden werden, daß in der Deffektivität der Eindruck einer langsamen und schleppenden Behandlung dieser für die jetzige Zeit besonders vordringlichen Maßnahmen erweckt wird. Ich bitte daher, diesem Gesichtspunkt besonders Rechnung tragen zu wollen. Bei dieser Gelegenheit vernehle ich nicht, darauf hinzuweisen, daß eine bestimmte Kontingenzierung nicht vorgenommen ist und daß hiernach Mittel in bestimmter Höhe für einzelne Bezirke nicht zurückgehalten werden können. Falls daher meinem Wunsch auf Beschleunigung des Verfahrens nicht entsprochen wird, könnte eine Benachteiligung bei der Verteilung der Mittel eintreten.“

Man wird nun hoffentlich recht bald sehen, wie die Verteilung der Bestellungen erfolgt. So wird das Berliner Programm in der Hauptsache Tiefbauten, besonders Straßenbauten und Brückenbauten umfassen. Die Brückenreparaturen in Berlin können eine Entlastung des Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet bewirken. Die Kollegen und Kolleginnen in dem von unserem Verband betreuten Berufe werden direkt nur dort von dem Anfordungsplan profitieren, wo es ihnen gelang, Beschäftigung bei den durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm geschaffenen Arbeitsgebieten zu erhalten. Erst in zweiter Linie winkt dann die allgemeine Belebung des Arbeitsmarktes durch Stärkung der Kaufkraft und dadurch gesteigerten Konsum breiter Volksschichten.

Gedacht ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm nur als vorübergehende Maßnahme. Dauernde Beschäftigung der großen Volkszahl kann nur bringen der Aufbau einer neuen Wirtschaft, in der die Selbstbestimmung des Volkes eine vernünftige Organisation des Arbeitsprozesses gewährleistet. Nur Planwirtschaft mit der Zielsetzung, allen Menschen Arbeit zu geben und die Bedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, kann uns von den Folgen des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft und der Wirtschaftsführung befreien.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am 31. Dezember 1932.

Table with columns for Gau, Berdwaren, Tapezierer, Fahrzeugbau, Treibriemer, Sonstige Branchen, Zusammen, Ingesamt, Kurzarbeit, and Es anfallen auf das Hundert. It includes data for the total workforce, unemployed, and short-time workers as of December 31, 1932, broken down by region and industry.

Table titled 'Es arbeiteten verfügt:' and 'Pro Hundert betragen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit:'. It shows the percentage of workers in various industries who were unemployed or on short-time work in December 1932, compared to September 1932 and December 1931.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Kollege J. Klarer tritt in den Ruhestand. Aus Wien geht uns die Nachricht zu, daß der langjährige Sekretär des Lederindustriearbeiter-Verbandes Oesterreichs aus seinem Posten geschieden ist.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Heidelberg. Generalversammlung. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht und der Kassenbericht des Kassierers wurden von der Versammlung gutgeheißen.

Kassel. Generalversammlung vom 12. Januar 1933. Ein gangs derselben gab der Vorsitzende Kollege E. Bohl den Jahresbericht. Er betonte das verfloffene Jahr, das Jahr der Wahlen, aber eine Klärung der politischen Verhältnisse hätten dieselben nicht gebracht.

Mosk. (O.-L.). Generalversammlung am 6. Januar. Der Vorsitzende Kollege Hoppe gab den Jahresbericht. Die Verwaltungsstelle hat unter der allgemeinen Arbeitslosigkeit stark dadurch gelitten, daß der einzige Betrieb am Ort, die Waggonbau-Firma Christoph u. Unmack, schlichte ist schädigt war.

geschrumpft. Die Mitgliederzahl betrug am Jahres schluß 20. Der bisherige Vorstand, Vorsitzender Hoppe, Kassierer Jakob, Schriftführer Brendler, Revisoren Wagnig und Kohnig, wurde einstimmig wiedergewählt.

Zeß. Generalversammlung am 13. Januar 1933. Seit langer Zeit war der Besuch der Mitgliederveranstaltungen einigermaßen zufriedenstellend, die vom Vorstand gegebenen Berichte liefen noch einmal vor den Augen der Mitglieder vorüber, was im Laufe des Berichtsjahres sich abspielte.

Jwida u. Sa. Generalversammlung am 14. Januar 1933. Der Vorsitzende, Kollege Köhner, stellte bei Eröffnung der Versammlung fest, daß der Vermögensbe stand während des ganzen Jahres zufriedenstellend war.

Rundschau

40-Stunden-Woche bei Zeß, Jena. Nach einer Mitteilung des „L.“ wurde bei der Firma Karl Zeß in Jena die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt.

Weitere 50 Millionen Mark für Hausreparaturen. Zur Durchführung von Wohnungsreparaturen hat die Reichsregierung weitere 50 Millionen Mark bewilligt.

lung von Geschäftsräumen in Wohnräume gewährt werden. Nach den bisherigen Bestimmungen wurden für Instandsetzungsarbeiten 20 Proz. der Gesamtkosten und für Wohnungsteilung 50 Proz. als Zuschuß bewilligt.

Jahrespreismäßigung für Kinder von der Reichsbahn abgelehnt. Gemeinam mit den deutschen Lehrerverbänden hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bereits im Sommer 1932 die Heraushebung des Lebensalters für den Bezug von Kinderkarten vom 10. auf das 14. Lebensjahr gefordert.

Bücherschau

Im Januar 1928 begann der Rubrikampf. Die sechsjährige Wiederkehr des Jahresdatums dieser Bewegung berodacht uns, an das von Gotthard Erdmann im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verfaßte Buch „Die Gewerkschaften im Rubrikampf“ (Berlin 1924, Verlagsgesellschaft des DGB, Organisationspreis gebunden 4 M., kartoniert 3 M.) zu erinnern.

Entstehung und Entwicklung des Rubrikampfes werden in dem Buch eingehend geschildert. Dokumentarische Beweisführung und historische Einbettung der Ereignisse ergeben miteinander ein plastisch geformtes, lebendig bewegtes Bild des Geschehens jener Tage.

Verbandsnachrichten

(Besannmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 23. bis 29. Januar 1933 ist der 4. Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

Achtung! Monatsberichtsarten einleiden! Die Berichtsarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Januar 1933 sind bis spätestens zum 5. Februar an die Hauptverwaltung einzu senden.

Versammlungskalender

Frankfurt a. M. Sonntag, den 5. Februar, 10 Uhr, im Saal E des neuen Gewerkschaftshauses: Jahresgeneralversammlung. Tagesordnung: Berichte und Neuwahlen. Die Ortsverwaltung.

Pöfned i. Thür. Am Dienstag, dem 31. Januar, findet unsere Jahreshauptversammlung im Gewerkschaftshaus, Neufährder Straße, statt.

Adressenänderungen

Beckh. Kass.: Paul Gebel, Berliner Str. 184, Braunschweig. Vorf.: August E Leben, Magdenmarkt 7. Delmenhorst. Vorf.: Wilhelm Klattenhoff, Danziger Str. 3. Elbing. Kass.: Franz Gumorsti, Karstr. 10. Reichenbach. Kass.: Walter Gebhardt, Markt 9.

Sterbetafel.

Estorben sind: Hamburg. Am 10. Januar der Kollege Wilhelm Ströb, Treibriemer, im Alter von 74 Jahren. München. Am 13. Januar unser Kollege, der Sattler Georg Redwig, 74 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!